



Niederschrift

über die 11. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 15.07.2015, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Kurt Pirmann

Stadtvorstand

Bürgermeister Rolf Franzen

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Gerhard Burkei

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler

Judith Dahlhauser

Hedi Danner

Kurt Dettweiler

Thomas Eckerlein

Christian Fochs

Christian Gauf

Dr. Christoph Gensch

Thorsten Gries

Gerhard Hemmer

Annegret Kirchner

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Dr. Norbert Pohlmann

Christina Rauch

(ab 17:52 Uhr, TOP I/6)

Josef Reich

Walter Rimbrecht

Achim Ruf

Dr. Dietmar Runge

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Gertrud Schanne-Raab
Gertrud Schiller
Bernhard Schneider
Dirk Schneider
Melanie Schneider
Peter Schönborn
Elke Streuber
Pervin Taze
Gabriele Vogelgesang
Manfred Weber
Sabine Wilhelm

Protokollführung

Alessa Buchmann (Amt 10)

von der Verwaltung

Werner Boßlet (UBZ)
Heinz Braun (Amt 10)
Werner Brennemann (Stadtwerke)
Dr. Annegret Bucher (Amt 30)
Benedikt Burkey (Amt 14)
Willi Conrad (Amt 60)
Harald Ehrmann (Amt 60)
Hermann Eitel (Amt 60)
Heike Heb (Personalrat)
Horst Heinrich (Stadtwerke)
Thilo Huble (Amt 41)
Andreas Hüther (OV Oberauerbach)
Richard Körner (Amt 10)
Bruno Maier (Amt 20)
Elfriede Mailänder (Amt 14)
Werner Marx (GeWoBau)
Christian Michels (Amt 60)
Isolde Seibert (OV Rimschweiler)

Gäste

Mittelrheinische Treuhand GmbH - Dr. Breitenbach (bis 17:13 Uhr)

Abwesend:

Ratsmitglieder

Bernhard Düker
Ingrid Kaiser
Hannelore Krauskopf
Fritz Presl

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten
- Beschlussfassung -
Vorlage: 14/0228/2015
- 2 Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des Haushaltsvollzugs gem. § 21 GemHVO
Vorlage: 20/0195/2015
- 3 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen
Vorlage: 20/0236/2015
- 4 Festhalle;
Mietentgelte - ergänzende Regelungen
Vorlage: 41/0232/2015
- 5 Bauleitplanung;
Aufstellung eines Bebauungsplanes RI 17 "Neugartenahnung"
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden (Scoping)
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
- Information über weiteres Vorgehen
Vorlage: 60/0237/2015
- 6 Flächennutzungsplan der Stadt Zweibrücken
Sachliche Teilfortschreibung „Windenergie“ gemäß § 5 Abs. 2b BauGB
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 60/0221/2015
- 7 Sanierung Innenstadt Zweibrücken;
Sanierungsgebiet „Innenstadt / Herzogvorstadt“, Vertrag über die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen
Hauptstraße 8 (chem. Passage Schreiner)
Vorlage: 60/0225/2015
- 8 Bauleitplanung;
Aufstellung eines Bebauungsplanes ZW 152 " Kreuzbergwohnsiedlung "
- Anpassung des Sanierungsrahmenplanes
- Beschluss zum Wechsel in ein Verfahren nach §13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach §2 Abs.4 BauGB
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden (Scoping)
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit (Offenlage)
Vorlage: 60/0231/2015

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

- 9** Herzog Wolfgang Realschule plus;
Vergabe der Aufzugsanlage
Vorlage: 60/0248/2015
- 10** Wahl einer Schiedsperson
- 11** Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/0247/2015
- 12** Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des**
(öffentlich) **Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten**
 - Beschlussfassung -
 Vorlage: 14/0228/2015

Bürgermeister Franzen und Ratsmitglied Dettweiler begeben sich für diesen Tagesordnungspunkt in den Zuschauerraum, weil beide gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 GemO Sonderinteresse haben. Beide waren im Jahr 2009 Beigeordnete der Stadt (Herr Dettweiler bis Mitte 2009).

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Breitenbach von der Prüfungsgesellschaft „Mittelrheinische Treuhand GmbH“. Er dankt allen Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses, den an der Prüfungsvorbereitung beteiligten Mitarbeitern und der Prüfungsgesellschaft für die geleistete Arbeit und verweist auf die bereits im Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Vorlage samt Anlagen. Er wurde als Oberbürgermeister zur Stellungnahme aufgefordert und habe mitgeteilt, dass er keine Einwände gegen das Ergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses erhebe. Er übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Ratsmitglied Moulin.

Ratsmitglied Moulin führt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses aus, dass sich dieser am 24. Juni 2015 mit der Prüfung des Jahresabschlusses, welcher der erste nach doppischer Haushaltsführung sei, befasst habe. Zusätzlich zu den in der Vorlage und den Anlagen genannten Ergebnissen erklärt er, einige Feststellungen des Prüfungsberichtes seien bereits behoben, einige sollten in künftigen Abschlüssen behoben werden. Einige Dinge, die festgestellt worden seien, würden Zeit zur Umsetzung brauchen, insbesondere, wenn es um Wertberichtigungen im Wert des Anlagevermögens gehe. Zudem gebe es Dinge, die für die Vergangenheit nicht mehr korrigiert werden könnten, aber bekannt und für die Zukunft abgestellt worden seien.

Der Ausschuss habe sich einstimmig den Feststellungen der Mittelrheinischen Treuhand GmbH angeschlossen und darüber hinaus dem Stadtrat empfohlen, den Jahresabschluss für 2009 festzustellen sowie dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten Entlastung zu erteilen. Eine zügige Aufarbeitung der ausstehenden Abschlüsse wird befürwortet. Die Beauftragung einer externen Prüfungsgesellschaft für 2009 und 2010 sei eine gute Entscheidung gewesen. Ob es darüber hinausgehend noch immer sinnvoll und notwendig sei, solle der Stadtrat zu gegebener Zeit erneut entscheiden. Er dankt allen Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses und der „Mittelrheinischen Treuhand GmbH“ für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, er, als ehemaliger Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, könne sich vorstellen, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Jahresabschluss für das Jahr 2009 für die Ratsmitglieder, die erst seit dieser Legislaturperiode im Rat seien, seltsam aussehen müsse. Seit 2004 sei bereits bekannt gewesen, dass 2009 das letzte Jahr zur Umstellung auf die Doppik gewesen sei und so habe er selbst seit Jahren darauf hingewiesen, dass Dinge im Argen lägen und Personal geschult werden müsse. Die in der Vergangenheit in diesem Zusammenhang seinerseits getätigte und berechtigte Kritik wurde ihm stets als „Majestätsbeleidigung“ ausgelegt, was er als sehr verletzend empfunden hatte.

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Er sehe lediglich bei den damaligen Beigeordneten wie auch dem Bürgermeister die Arbeit als getan. Aus diesem Grund könne er einer Entlastung des damaligen Oberbürgermeisters nicht zustimmen und beantrage eine separate Abstimmung über die Entlastung des Oberbürgermeisters des Jahres 2009.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es wichtig sei, allen im Jahr 2009 Beteiligten Entlastung zu erteilen. Auf Rückfrage von Ratsmitglied Hemmer gibt er an, man sei bereits am Nachweis des Vorhandenseins der ausgewiesenen Anlagegüter der Sachanlagen. Bei der zu hohen Ausweisung der Werte der Gehwege, handle es sich um Berechnungsfehler.

Der Stadtrat fasst folgende

Beschlüsse:

1. Der Stadtrat stellt auf der Grundlage der als Anlagen beigefügten Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechnungsprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2009 der Stadt Zweibrücken gemäß § 114 Abs. 1 Satz 1 GemO mit einer

Bilanzsumme von 497.498.874,89 € und einem
Fehlbetrag von 15.444.681,38 € fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

2. Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 114 Abs.1 Satz 2 GemO durch den Stadtrat für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	3
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

3. Dem Bürgermeister und den Beigeordneten wird gemäß § 114 Abs.1 Satz 2 GemO durch den Stadtrat für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Enthaltung:	1
-------------	---

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

Amt 14

Amt 20

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 2:
(öffentlich)

**Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des Haushalts-
vollzugs gem. § 21 GemHVO**
Vorlage: 20/0195/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und unterrichtet den Stadtrat über den Stand des Haushaltsvollzuges gem. § 21 GemHVO.

Bürgermeister Franzen erklärt zur Frage der Differenz zwischen Ergebnis 2014 – Ansatz 2015 und Ergebnis 2015, „2014“ gebe nicht das Gesamtergebnis des Jahres wider, sondern stelle etwa den Zeitpunkt „Halbjahr 2014“ dar. Es seien auch keine gravierenden Veränderungen für das laufende Jahr bekannt.

Verteiler:
Amt 20

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 3: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen /**
(öffentlich) **Auszahlungen**
 Vorlage: 20/0236/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage samt Begründung.

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 60

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 4: **Festhalle;**
(öffentlich) **Mietentgelte - ergänzende Regelungen**
 Vorlage: 41/0232/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und bittet den Vorsitzenden der Festhallenkommission, Beigeordneten Henno Pirmann, kurz über die Sitzung zu berichten.

Beigeordneter Pirmann führt die Überlegungen der Festhallenkommission aus und verweist auf das Ergebnis der Sitzung in Form der von der Kommission erarbeiteten Beschlussvorschläge. Das Frankenthaler Modell sei diskutiert und um Parteien ergänzt worden und auch die Bedenken von Herrn Brennemann, die Mietfreiheit könne eventuell als verdeckte Gewinnausschüttung von Parteien betrachtet werden, habe man bedacht und eingearbeitet.

Ratsmitglied Wilhelm gibt an, die Fraktion bedauere, dass es die Mietfreiheit für Vereine, Parteien, etc. aufgegeben werden müsse. Sie lobt die Lösung der Zuschussmöglichkeit, weil diese eine gute Investition und ein gutes Zeichen nach außen seien.

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Vereine, Schulen, politische Parteien, Verbände und Kirchen mit Sitz, Geschäftsleitung oder Niederlassung in Zweibrücken erhalten für die Anmietung von Räumen der Festhalle Zweibrücken einen Mietzuschuss von 70 % der anfallenden und nachgewiesenen Mietkosten.
Der Mietzuschuss ist mindestens zwei Monate vor der geplanten Veranstaltung unter Darlegung der anfallenden Mietkosten bei der Verwaltung zu beantragen.
Förderungsfähig sind ausschließlich Veranstaltungen zur Pflege von Kultur, Brauchtum und sonstigen gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken sowie Veranstaltungen von zugelassenen politischen Parteien.
Kosten für gesetzlich notwendiges Personal- z.B. Bühnenmeister, Sanitätsdienst, Brandsicherheitswache – sind nicht förderfähig.
2. Neben dem Mietzuschuss erhalten die vorgenannten Gruppen einen Nachlass von 50 % auf die Raumnebenkosten. (z.b. Beamer, Mikrofone, sonstiges mobiles Equipment)
3. Auf die Gewährung eines Zuschusses besteht kein Rechtsanspruch. Der Höchstbetrag, der einem Antragsteller von der Stadt in einem Jahr für maximal drei Veranstaltungen an Zuschüssen gewährt wird, beträgt 3000 €.
4. Die für die Fördermaßnahmen notwendigen Haushaltsmittel werden im Budget des Kultur- und Verkehrsamtes zusätzlich eingestellt.

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 10

Amt 81

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 5: **(öffentlich)**

Bauleitplanung;

Aufstellung eines Bebauungsplanes RI 17 "Neugartenahnung"

- **Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden (Scoping)**
- **Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**
- **Information über weiteres Vorgehen**

Vorlage: 60/0237/2015

Ratsmitglied Metzger begibt sich für diesen Punkt in den Zuschauerraum (§ 22 Abs. 1 Nr. 1 GemO).

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erklärt, wenn es reibungslos weitergehe, dann könne Ende 2015 die Satzung beschlossen werden. Da aber unklar sei, ob von Seiten der Öffentlichkeit ein Normenkontrollverfahren eingeleitet werde, wenn der Bebauungsplan beschlossen werde, werde er zur Formwahrung jede einzelne Abwägung zu den Eingaben verlesen und gegebenenfalls zur Abstimmung bringen. Da es in den meisten Eingaben um eine Zunahme des Straßenverkehrs in der Bayernstraße drehe, gehe man aber davon aus, dass sich diese Thematik durch die Klärung des Themas „wiederkehrender Beiträge“ in diesem Bereich geklärt habe.

Er führt die einzelnen Eingaben der Beteiligten aus und verliest jeden Abwägungsvorschlag einzeln mit nachfolgendem Ergebnis:

- Beteiligungen der Öffentlichkeit
 - Bürgerinitiative Bayernstraße – Gabriele Nowak (zu beiden Äußerungen)
 - Einstimmig beschlossen – 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende
 - Stefan Handtke
 - Einstimmig beschlossen – 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende
 - Michael Schweigmann, Tanja Huber, Brigitte Huber
 - Zur Kenntnis genommen
 - Anke Frank
 - Zur Kenntnis genommen
- Beteiligung der Behörden
 - Vermessungs- und Katasteramt Westpfalz
 - Einstimmig beschlossen – 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende
 - SGD Süd
 - Zur Kenntnis genommen
 - Wehrbereichsverwaltung West
 - Zur Kenntnis genommen
 - IHK Pfalz
 - Zur Kenntnis genommen
 - DB Services Immobilien GmbH
 - Zur Kenntnis genommen
 - Planungsgemeinschaft Westpfalz
 - Zur Kenntnis genommen
 - Handwerkskammer der Pfalz
 - Zur Kenntnis genommen
 - Wasserwerk Bliestal GmbH
 - Zur Kenntnis genommen

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

- LBM Kaiserslautern
 - Zur Kenntnis genommen
- Fernleitungsbetriebsgesellschaft
 - Zur Kenntnis genommen
- Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz
 - Zur Kenntnis genommen
- SGD Süd – Regionalstelle Gewerbeaufsicht
 - Zur Kenntnis genommen
- Stadtverwaltung Zweibrücken – Abteilung Liegenschaften
 - Zur Kenntnis genommen
- SGD Süd – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
 - Einstimmig beschlossen – 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende
- Generaldirektion Kulturelles Erbe
 - Zur Kenntnis genommen
- Verbandsgemeinde Zweibrücken Land
 - Zur Kenntnis genommen
- Stadt Blieskastel
 - Zur Kenntnis genommen
- Kabel Deutschland Vertrieb + Service GmbH
 - Zur Kenntnis genommen
- PLEdoc GmbH
 - Zur Kenntnis genommen
- Landesamt für Geologie und Bergbau
 - Zur Kenntnis genommen
- ADD – Kampfmittelräumdienst
 - Zur Kenntnis genommen
- Creos Deutschland GmbH
 - Zur Kenntnis genommen
- Telekom Deutschland GmbH
 - Zur Kenntnis genommen
- Pfalzwerke Netz AG
 - Zur Kenntnis genommen
- Deutscher Wetterdienst, Regionales Klimabüro
 - Zur Kenntnis genommen
- Stadtverwaltung Zweibrücken – Ordnungsamt
 - Zur Kenntnis genommen
- Stadt Zweibrücken – Untere Abfall-, Bodenschutz und Wasserbehörde
 - Zur Kenntnis genommen
- Stadtverwaltung Zweibrücken – Jugendamt
 - Zur Kenntnis genommen
- Landesjagdverband Rheinland-Pfalz
 - Zur Kenntnis genommen
- Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz e.V.
 - Einstimmig beschlossen – 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende
- Naturschutzbund Deutschland e. V.
 - Einstimmig beschlossen – 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende
- Untere Naturschutzbehörde
 - Zur Kenntnis genommen

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Ratsmitglied Vogelgesang führt den Werdegang des Neubaugebietes auch aus Sicht des Ortsbeirates aus und hofft, der Bebauungsplan werde zügig beschlossen.

Der Vorsitzende dankt den Ausführungen.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Gesamtbeschluss:

1. Die Eingaben aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter Punkt II. dargestellt behandelt.
2. Die Eingaben aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter Punkt III. dargestellt behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung haben 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teilgenommen.

Verteiler:
Amt 60

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 6: **Flächennutzungsplan der Stadt Zweibrücken**
(öffentlich) **Sachliche Teilfortschreibung „Windenergie“ gemäß § 5 Abs. 2b**
 BauGB
 Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
 Vorlage: 60/0221/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Er erklärt, mit dem was heute geschaffen werde, könne die Prüfung der Gebiete beginnen. Es könnten Analysen und Auswertungen erfolgen, welche Bedenken bestehen oder welche Standorte positiv wären. Erst im Anschluss daran kämen Bürgerversammlungen, -beteiligungen, etc.. Auch das Schreiben von Hengstbacher Bürgern habe er erhalten und würde dies zu gegebener Zeit in der Auswertung prüfen.

Ratsmitglied Dr. Gensch weist darauf hin, dass die aktuelle Gefahr nicht sei, viele Windräder in die Region zu bekommen. Es sei sogar so, dass die Gebiete ausgewertet und für geeignet erachtet werden müssten. Dann würden diese in einen bundesweiten Wettbewerb eingebracht. Die Gefahr bestehe daher sogar eher darin, dass man bei uns vielleicht gar keine Windräder bekäme.

Ratsmitglied Dirk Schneider verweist in einem solchen Fall auf die Prüfung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen.

Der Vorsitzende erklärt, dass man bei Ablehnen des Beschlussvorschlages und damit der vorgeschlagenen Gebiete für Windräder in ganz Zweibrücken stimme. Dann könne jeder Standort beantragt werden und müsse geprüft werden. Anderweitig könnten Anträge nur für die ausgewiesenen Gebiete gestellt werden.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Die Aufstellung der sachlichen Teilfortschreibung „Windenergie“ des Flächennutzungsplanes gemäß § 5 Abs. 2b BauGB mit den Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Planvorbehalt) wird beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich der Teilfortschreibung „Windenergie“ umfasst das gesamte Gemarkungsgebiet der Stadt Zweibrücken, wobei inhaltliche Darstellungen nur für den Außenbereich vorgesehen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:
Amt 60

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 7: **Sanierung Innenstadt Zweibrücken;**
(öffentlich) **Sanierungsgebiet „Innenstadt / Herzogvorstadt“, Vertrag über die**
Durchführung von Ordnungsmaßnahmen
Hauptstraße 8 (ehem. Passage Schreiner)
Vorlage: 60/0225/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Weber gibt an, dass Etwas getan werden müsse, stehe außer Frage. Er würde jedoch empfehlen, über eine Alternative zum Netto-Markt nachzudenken, da dieser z.B. für den Cap-Markt Schwierigkeiten bringen könnte.

Der Stadtrat fasst ohne weitere Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt unter Berücksichtigung der in der Vorlage genannten Sachdarstellung die Förderung der Ordnungsmaßnahme Hauptstraße 8 in Höhe von maximal 348.896 € netto auf der Grundlage des noch abzuschließenden Vertrages über die Durchführung der Ordnungsmaßnahme. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der endgültigen förderrechtlichen Anerkennung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier.
2. Die Anpassung des Sanierungsrahmenplanes wird beschlossen (Abriss des Gebäudes Hauptstraße 8 als Sanierungsziel).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:
Amt 60

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 8: **(öffentlich)**

Bauleitplanung;
Aufstellung eines Bebauungsplanes ZW 152 "
Kreuzbergwohnsiedlung "
- Anpassung des Sanierungsrahmenplanes
- Beschluss zum Wechsel in ein Verfahren nach §13a BauGB ohne
Durchführung einer Umweltprüfung nach §2 Abs.4 BauGB
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden (Scoping)
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit (Offenlage)
Vorlage: 60/0231/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Die Anpassung des Sanierungsrahmenplanes für die Kreuzbergsiedlung wird beschlossen.
2. Der Wechsel in ein Verfahren nach § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird beschlossen.
3. Die Eingaben aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter Punkt II. dargestellt behandelt.
4. Die Eingaben aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter Punkt III. dargestellt behandelt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am Verfahren zu beteiligen (Öffentliche Auslegung).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:
Amt 60

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 9: **Herzog Wolfgang Realschule plus;**
(öffentlich) **Vergabe der Aufzugsanlage**
 Vorlage: 60/0248/2015

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Tischvorlage.

Auf Rückfrage erklärt der Leiter des Stadtbauamtes, Herr Michels, die Arbeiten könnten nach den Sommerferien losgehen und würden den Schulbetrieb nicht beeinflussen. Bei den Kosten für Ingenieurbüros weist er darauf hin, dass es sich hierbei um Honorarkosten handele, die immer die gleiche Höhe hätten. Der Wechsel des Ingenieurbüros sei lediglich erfolgt, um nicht immer dasselbe Büro zu nehmen.

Ratsmitglied Dirk Schneider erkundigt sich, warum man nicht, wie schon einmal von ihm vorgeschlagen, in der Vergangenheit statt damals drei und heute einen weiteren Aufzug, direkt vier beauftragt hätte. Er gehe davon aus, dass dies dann auf einen Aufzug gerechnet günstiger hätte sein können.

Herr Michels führt aus, verschiedene Faktoren, wie z.B. andere Einbausituationen, Stahlschächte, etc., würden verschiedene Aufträge benötigen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag für die Aufzugsanlage wird an die Firma Sieben IAO, Lise-Meitner-Straße 11, aus 55129 Mainz, laut Angebot vom 03.07.2015, zum Angebotspreis von brutto 83.146,49 € vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:
Amt 60

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 10: **Wahl einer Schiedsperson** **(öffentlich)**

Der Vorsitzende führt aus, die Amtszeit der Schiedsperson, Jörg Eschmann, laufe in diesem Jahr aus. Eine solche Tätigkeit im ehrenamtlichen Bereich sei sinnvoller, da es auch zu Fällen kommen könnte, in die die Stadt selbst verwickelt sei. Herr Christian Fochs habe sich auf Rückfrage bereit erklärt, ein solches Amt zu übernehmen.

Ratsmitglied Burkei spricht sich für eine Benennung von Herrn Fochs aus, kritisiert jedoch, dass die Fraktionen nicht vorab gefragt worden seien. Einer Aufforderung des Vorsitzenden einen weiteren Vorschlag zu machen, kann er aufgrund der Kurzfristigkeit nicht nachkommen.

Auf die Anregung von Ratsmitglied Danner hin, als zweite Schiedsperson wieder eine Frau zu wählen, erklärt der Vorsitzende, dass Frau Dr. Bucher noch zwei Jahre im Amt sei.

Der Stadtrat beschließt **e i n s t i m m i g**, dass die die Wahl offen mit Handzeichen erfolgen soll.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Herr Christian Fochs wird als Nachfolger für Herrn Eschmann zur Schiedsperson gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 30

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 11: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0247/2015**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme von o.g. Spenden wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 20

Amt 51

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Punkt 12: Anfragen von Ratsmitgliedern **(öffentlich)**

1 Anfrage von Ratsmitglied Nunold

1 Weiße Kaserne

Ratsmitglied Nunold erinnert an seine Anfrage von Juni 2014, wie es bei der weißen Kaserne weitergehe. Man habe ihm mitgeteilt, es hätten gewisse Schwierigkeiten ergeben. Er wisse gerne, wie es weitergehen solle, nachdem seit der Eröffnung 2009 nichts mehr getan hatte. Er denke, ein jährlicher Bericht, wie er von Herrn Hummel auch zugesagt worden sei, sei sinnvoll und wünschenswert. Er bittet den Vorsitzenden nachzufragen, wie es dort weitergehen solle.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, es gebe 2009 bis 2012 keine Bewegung. 2012 habe man in einem neuen Bebauungsplanverfahren alles wieder versucht aufzurollen, um die Entwicklung überhaupt zu ermöglichen. Hierbei ginge es um Lasteneintragung, Lastenfreiheit. Leider ist dies aber so blockiert worden, dass es keine Fortschritte gab. Er stehe mit der Familie Hummel in Kontakt und habe die Information ihrerseits, es gäbe derzeit keine belastbaren Informationen, die man der Stadt vortragen wolle. Man habe darauf verzichtet, etwas ins Stammbuch zu schreiben, womit man keinen Anspruch auf eine Antwort habe. Er sagt aber zu, trotzdem nachzufragen, wie das weitere Vorgehen sei.

2 Sanktionen Jobcenter

1,5 Milliarden Euro behielten die Jobcenter in den letzten sieben Jahren an Sanktionen ein. Davon allein im letzten Jahr rund 182. Millionen Euro. Geld, das die sanktionierten Hartz-IV-Bezieher dringend nötig gehabt hätten. Die Zahlen wurden bei der Bundesagentur für Arbeit erfragt.

Er möchte wissen, wie viele Sanktionen gab es 2014 in Zweibrücken (in Euro)?
Wie viel Geld wurde dadurch an Auszahlungen eingespart?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende eine schriftliche Beantwortung zu.

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

2 **Anfrage von Ratsmitglied Burkei**

1 Tierfriedhof

Er bittet über die Schaffung eines Tierfriedhofes nachzudenken. Er gehe davon aus, die Stadt könne hiermit Einnahmen verbuchen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, das werde, wie z.B. auch das Thema „islamische Grabstätten“, schon seit längerem diskutiert und untersucht.

2 Musical Helmholtz-Gymnasium

Er verweist auf ein Musical „Der kleine Horrorladen“, das an zwei Tagen von Lehrern und Schülern des Helmholtz-Gymnasiums ausgerichtet worden sei. Er kritisiert, dass zur Demonstration der Anerkennung weder der Kultur- noch der Schuldezernent vor Ort gewesen seien.

Antwort der Verwaltung:

Der Stadtvorstand nimmt die Kritik zur Kenntnis.

3 **Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider**

Flüchtlinge in Zweibrücken - Sprachkurse

In Zweibrücken gebe es viele Flüchtlinge, auch ohne Aufenthaltsrecht. Diese haben aufgrund ihres Status´ kein Recht auf die Teilnahme an einem der Sprachkurs. Laut Zeitung habe man im Landkreis Südwestpfalz 40.000,00 € bewilligt, um diesen Personen Sprachkurse anzubieten, die genau in diese Lücke fallen. Er bittet, eine solche Möglichkeit auch für Zweibrücken schaffen.

Er möchte wissen, wie viele solche Personen es in Zweibrücken aktuell gebe. Er bittet diese Zahlen auch regelmäßig in aktualisierter Form herauszugeben.

Ratsmitglied Moulin bittet hierzu ergänzend auch eine Zusammenstellung der Aktivitäten des Beirates für Migration und Integration und der Arbeitsgruppe Integration sowie ggf. weitere Zusammenarbeit mit Organisation in diesem Bereich auszugeben.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, das Amt für soziale Leistungen werde diese Zahlen zusammenstellen und das Hauptamt, diese Liste diese um die Tätigkeiten des Beirates, der Arbeitsgruppe Integration, etc. zu ergänzen. Über den Vorgang im Landkreis Südwestpfalz würde er sich mit dem Landrat unterhalten.

4 Anfrage von Ratsmitglied Bernhard Schneider

1 Gewinnverteilungsplan

Im Rahmen des Entschuldungsfonds und einer Stadtholding habe der Vorsitzende über einen Gewinnverteilungsplan gesprochen, bei dem er sich frage, wann dieser kommen würde. Er verweist zudem auf eine Vorgabe der ADD, dass alle Gewinne hälftig in die Entschuldung fließen müssten.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im Haushalt bereits 3 Millionen für den Entschuldungsfond vom UBZ seien. Die Abführung der Stadtwerke in Höhe von über einer Million Euro sei bei uns eingegangen und der UBZ werde kommende Woche über weitere 3 Millionen Euro an die Stadt entscheiden. Er erklärt, die genannte Vorgabe zur Gewinnverteilung gebe es in besagter Form nicht. Es gehe lediglich um eine stärkere Beteiligung. Die Annahme der Gelder sei mit dem Haushalt beschlossen worden. Eine genaue Aufteilung dieser Summe könne nicht gemacht werden. Sie fließe in den städtischen Haushalt und führe zu weniger Kreditaufnahmen.

2 Geschäftsstelle Verbraucherzentrale

Zudem möchte er wissen, wie es um die von ihm in der Vergangenheit erfragte Geschäftsstelle der Verbraucherzentrale in Zweibrücken stehe.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, die Stadt müsse in einem solchen Fall die Lohnkosten tragen, was uns haushaltstechnisch nicht möglich sei.

5 Anfrage von Ratsmitglied Al-Saffar

Ampelschaltung Fußgänger Aral-Tankstelle

Ratsmitglied Al-Saffar weist auf die Ampel an der Aral-Tankstelle Ecke Saarlandstraße – Landauer Straße hin. Deren Grünphase der Fußgänger sei viel zu kurz. Er bittet, falls sich dies kostentechnisch im Rahmen halte, um eine Umstellung.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt in Absprache mit Herrn Eitel, Stadtbauamt, an, die Kosten für eine solche Umstellung würden etwa 6.000,00 € betragen. Das Bauamt werde beauftragt, die Taktung vor Ort und anhand der Vorschriften zu prüfen zu gehen und das Ergebnis mitzuteilen.

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

6 Anfrage von Ratsmitglied Hemmer

Bauzaun Verlängerung Fischtreppe

Ratsmitglied Hemmer gibt an, im Bereich der Verlängerung der Fischtreppe stehe ein Bauzaun, der das Bild störe und möchte wissen, warum dieser dort steht.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, der Stadtrat habe beschlossen die Ufermauer sanieren zu lassen. Da man dauerhafte Baustellen in diesem Bereich zur Biergartensaison vermeiden wolle, müsse eine Sicherung mit einem Bauzaun erfolgen. Nach dem Sommer würden dort aber die Arbeiten fortgesetzt.

Verteiler:

I

Amt 60

Amt 50

Jobcenter

UBZ

Amt 10

11. Sitzung des Stadtrates am 15.07.2015

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:36 Uhr.

Der Vorsitzende

Kurt Pirmann

Die Schriftführer

Richard Körner

Alessa Buchmann